

„Wir schaffen das ...“

Die Bundesregierung ist durch ihr bisheriges Handeln bzw. Unterlassen für die aktuelle Flüchtlingssituation mitverantwortlich: die Bundeskanzlerin und die sie tragende Partei CDU/CSU hat bisher alles getan der Türkei den Weg in die EU zu versperren und damit Erdogan jetzt in die günstige Drohposition gebracht noch mehr Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa bzw. Deutschland durchzuwinken. Die EU und auch Deutschland haben das Hilfswerk der UN schmählich mit den zugesagten Geldzahlungen für die Versorgung der syrischen Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und auch in der Türkei, im Stich gelassen und damit die Initialzündung für den aktuellen Flüchtlingsstrom gegeben, weil die Menschen keine Hoffnung auf eine absehbar bessere Zukunft ohne Krieg in Syrien haben. Die Dauer des Krieges in Syrien lässt die Flüchtlinge die Hoffnung verlieren, in absehbarer Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können und neue Lebensperspektiven zu entwickeln. Die Blockade des UN-Sicherheitsrats und die zögerliche Haltung der westlichen Staaten haben zur Eskalation des Syrienkrieges beigetragen. Die internationale Staatengemeinschaft hat der dramatischen Verschlechterung der humanitären Situation in Syrien tatenlos zugesehen. Das Ergebnis dieser Politik ist die wachsende Zahl an Flüchtlingen, die in der Hoffnung nach Europa kommen, hier Frieden, Sicherheit und Überlebenschancen zu finden.

Die drastische Einschränkung des Asyl-Grundrechts in Deutschland durch die Fiktion sicherer Herkunftsländer als Abschreckungsgürtel und das Dublin-Abkommen zur Rückführung der Flüchtlinge an die EU-Außengrenze ist gescheitert. Dublin wurde den Mittelmeerländern von Deutschland abverlangt. Man kann nicht Griechenland mit der bereitwilligen Bewältigung (Aufnahme und Registrierung) der vielen Flüchtlinge aus Syrien im Stich lassen. Das ist unglaublich und zynisch– jedenfalls kein Umgang unter gleichberechtigten europäischen Partnern.

Die große Koalition von CDU/CSU und SPD hat kein überzeugendes Konzept für die Integration der bei uns Zuflucht suchenden Flüchtlinge, die die Kanzlerin nach dem Scheitern ihrer Politik (s.o.) nach Deutschland eingeladen hat. Mit der gerade durchgesetzten weiteren Verschärfung des Asylrechts versucht die Koalition so genannten „besorgten Bürgern“ und extrem konservativen Wählern entgegenzukommen, um sie nicht an AfD und Pegida zu verlieren. Damit biedert sie sich nur Bewegungen an, die mit den Ängsten und Ressentiments von extrem konservativen Randgruppen der Gesellschaft spielen und Gedankengut verbreiten, das mit unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten nicht in Einklang zu bringen ist.

Faktisch wird nach den zwischenzeitlichen Lockerungen des Asylrechts (Abschaffung der Residenzpflicht und Erleichterung der Arbeitsaufnahme) die Lage der Flüchtlinge weiterverschärft durch Sachleistungen statt Geldleistungen (um angeblich falsche „Anreize“ abzuschaffen), lange Verweildauer in viel zu großen Erstaufnahmelagern (bis geklärt ist, wer keine Chance auf Asyl hat und direkt abgeschoben wird), verstärkte Abschiebung von bisher Geduldeten (aus den Balkanländern etc.).

Getoppt wird dies jetzt durch den Vorstoß des Innenministers de Maziere den Familiennachzug (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge nahezu unmöglich zu machen und die Aufenthaltsgewährung von drei auf ein Jahr zu verkürzen. Diese Rückstufung auf den „sekundären Schutz“ kann im Zweifelsfall der Innenminister ohne die SPD und gegen die Opposition im Alleingang

durchsetzen. Erhofft werden dadurch eine weitere Abschreckung und eine Reduzierung des Flüchtlingsnachzugs um 20 %.

Zynischer geht es nicht mehr. Damit wird jede mittel- und langfristige Integration von vornherein unmöglich gemacht und weiteres Wasser auf die Mühlen von AfD und Pegida gebracht, weil Flüchtlinge dann zunehmend nur noch als Belastung wahrgenommen werden. Damit nimmt die schon vorhandene Politikverdrossenheit der „ewig zu kurz Gekommenen“ in Ostdeutschland weiter zu. Aber auch wir Ehrenamtler in den unzähligen Initiativen vor Ort, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Verwaltungen bisher die Herausforderungen gemeistert haben, werden in die Politikverdrossenheit getrieben. Wir werden nicht nur im Stich gelassen, sondern für eine zynische und menschenverachtende Politik unter dem Vorwand mangelnder staatlicher Kapazitäten eingespannt. Dazu haben wir keine Lust und fordern endlich ein glaubwürdiges Konzept zur Integration der vielen hoffnungsvoll zu uns gekommenen Mitmenschen.